Gastkommentar. Der Lebensschutz ist für Katholiken nicht verhandelbar. Und das sollte auch so kommuniziert werden.

Zur Sterbehilfe: Nein heißt nein!

VON MARTIN KOLOZS

Die Vorlage des Sterbeverfügungsgesetzes wurde vor wenigen Tagen von der Regierung präsentiert, mit dem neuen Jahr soll die Neuregelung der Sterbehilfe gesetzlich verankert werden. Obwohl die Kontroverse über das neue Gesetz erwartungsgemäß groß war, kam die erste Stellungnahme des dafür zuständigen Bischofs in der Österreichischen Bischofskonferenz, Hermann Glettler (Innsbruck), völlig überraschend.

Glettler meinte in der ORF-Nachrichtensendung „Zeit im Bild 1“ vom 24. Oktober 2021, dazu: Es handle sich bei der Neuregelung der Sterbehilfe um eine „sensible Lösung“ beziehungsweise um einen „respektablen Entwurf“.

Diese Worte klingen in den Ohren gläubiger Katholikinnen und Katholiken, für welche der Schutz des Lebens nicht nur oberstes Ziel, sondern auch strengstes Gebot ist, äußerst verwunderlich, um nicht zu sagen: im höchsten Maße irritierend, schwingt bei dieser – bestimmt wohlgemeinten – Äußerung doch eine gewisse Zustimmung oder sogar Bereitschaft zur Kompromissfindung mit.

Zustimmung, ja! Aber wofür? Ja, zur Aufstockung der finanziellen Mittel für die Palliativ- und Hospiz-Versorgung. Und auch ein klares Ja zum unnachgiebigen Versuch, durch verbesserte Begleitung und Beratung den (assistierten) Suizid weiter zu verhindern. Jedoch: Ein lautes Nein zur Bereitschaft, auf einen Kompromiss in dieser ebenso sensiblen wie strittigen Frage einzugehen!

Falsche Signale

Für die römisch-katholische Kirche und ihre Gläubigen ist und bleibt der Lebensschutz unverhandelbar, und das sollte vonseiten der Bischöfe auch in einer entsprechenden Klarheit und Eindeutigkeit gesagt werden. Zum einen geht es darum, keine Verwirrung in den eigenen Reihen zu stiften. Zum anderen sollte die Kirche der säkularisierten Gesellschaft keine falschen Signale der Übereinstimmung senden. Denn, wer dem Ende des Lebens vorgreift, der darf und kann das nicht mit dem Segen der Kirche, ihrer Vertreter oder ihrer Mitglieder tun.

Persönlich bin ich der Überzeugung, dass die Amtskirche sich nicht direkt zu solchen Erlässen oder Gesetzen des Staats äußern sollte, sondern ihre Empfehlungen in Hirtenbriefen oder ähnlichen Schreiben direkt an die gläubige Gemeinschaft weitergeben müsste, um dadurch klarzumachen: Wir sprechen für und zu unseren Mitbrüdern und -schwestern, die als Katholiken und Katholikinnen leben und sterben wollen, und mischen uns nicht in die privaten Belange und Gewissensfragen der Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern ein.

Falsches Mitleid

Zudem müsste durch die Oberhirten besser und nachdrücklicher kommuniziert werden, dass die mitfühlende Kirche, welche die Lebenssituation der einzelnen Menschen wahrnimmt und entsprechende Hilfe sowie Orientierung anbietet, keine Kirche ohne fundamentale Überzeugungen und feste Gebote ist. Konkret soll das heißen: Den Leidenden beizustehen darf nicht zur Folge haben, für sie falsches Mitleid zu empfinden, welches letztlich zu einem Nachgeben in solchen entscheidenden Fragen wie dem Lebensschutz führt.

Weil nicht jedes Gesetz, das der Staat erlässt, verpflichtet zu etwas; manche Gesetze – wie zum Beispiel das Sterbeverfügungsgesetz – sind nur dazu bestimmt, dass man von ihnen Gebrauch machen kann, aber nicht muss! An dieser Stelle sollten die Bischöfe ansetzen, um in der Beantwortung der Lebensschutzfrage ihrerseits keinen Restzweifel zu lassen: Das Leben ist in jedem Fall zu bejahen!

Martin Kolozs (geboren 1978) ist in Wien als Autor und katholischer Publizist tätig. www.martinkolozs.at

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Wir müssen jetzt beginnen, unser Leben neu zu denken

Agenda 2030. 300 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben drei Jahre an Optionen für eine lebenswerte Zukunft gearbeitet.

VON HELGA KROMP-KOLB UND JOHANN STÖTTER

Transformation unserer Welt“: So lautet der Titel der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Die wegweisende UN-Agenda wurde im September 2015 von 193 Mitgliedstaaten bei einem Gipfeltreffen in New York verabschiedet. In ihr sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung formuliert, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte vereinen. Dadurch wird für alle Staaten ein globaler Rahmen für die Umwelt- und Entwicklungspolitik bis zum Ende des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts vorgegeben.

Mit Ministerratsbeschluss vom 12. Jänner 2016 wurden alle Bundesministerien beauftragt, die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 in den ressortspezifischen Strategien und Programmen zu berücksichtigen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Damit hat die Republik Österreich wie die restliche globale Staatengemeinschaft eine zukunftsweisende Verpflichtung und zukunftsrelevante Verantwortung übernommen – so schön, so gut!

Inzwischen sind fünf Jahre vergangen, übrigens genauso viel Zeit wie seit den Beschlüssen zum Klimaschutz durch den Pariser Vertrag. Es stellt sich die Frage: Was ist zur Erfüllung der Verpflichtungen seither geschehen bzw. was haben die Bundesministerien konkret beigetragen? Bis zur Erstellung des „Freiwilligen Nationalen Berichts zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele“ durch eine interministerielle Arbeitsgruppe, der im Sommer 2020 dem „High-Level Political Forum“ der UN übermittelt wurde, haben sich die Bemühungen in einem sehr überschaubaren Rahmen bewegt.

Gesetzlicher Auftrag

Im gleichen Zeitraum hat sich seitens des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Ruf nach Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung durch die Universitäten zunehmend verstärkt. Unter dem Schlagwort „Responsible Science“ wird neben den klassischen Handlungsfeldern Forschung und Lehre eine „Dritte Mission“ eingefordert. Die Universitätenkonferenz versteht darunter laut ihrem „Manifest für Nachhaltigkeit“ den gesetzlichen Auftrag, „zur Lösung von Problemen des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen“. Universitäten sehen sich als Vordenkerinnen, die den Weg zu einer zukunftsfähigen und lebenswerten Gesellschaft aktiv mitgestalten.

Wenn das nicht nur schöne Phrasen sein sollen, dann heißt das unter anderem: Erkennen Universitäten in gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen Fehlentwicklungen, müssen sie auf die Missstände hinweisen und basierend auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen Vorschläge zu deren Überwindung in die Diskussion einbringen. Im Idealfall ›

PIZZICATO

Armin Laschets Rache an Bayern

Rheinische Hymnen hallten durch die Arena von Borussia Mönchengladbach, Zehntausende Fans spendeten Standing Ovations, und Adi Hütters Team hüpfte aus Jux und Tollerei auf dem Rasen. Die Stadt war aus dem Häuschen: So ein Fußballfest, just gegen den Erzrivalen, hatte sie noch nie erlebt. 5:0 gegen Bayern München – eine Galapremiere im DFB-Pokal, die die Binsenweisheit bestätigte, wonach im Cup andere Gesetze herrschen.

Eine Demütigung, eine Höchststrafe für den Rekordchampion, vergleichbar mit einem 0:6 im Tennis. Die furiose Münchner Tormaschinerie – ein Rohrkrepierer. Tormann Manuel Neuer wäre vermutlich am liebsten an Ort und Stelle im Boden versunken. Und oben auf der Tribüne musste Bayern-Chef Oliver Kahn, der einstige Titan, gebrodelt haben wie der Vesuv vor dem Ausbruch.

Was war nur in seine Mannschaft gefahren? Hatte Joshua Kimmich mit seinem Anti-Impf-Credo eine Apathie bis zur Schreckstarre ausgelöst, die seine Mitspieler angesteckt und Trainer Julian Nagelsmann mit Corona niedergestreckt hat? Zürnte Gott den Bayern in ihrer Hybris? Oder war dies gar Armin Laschets Rache für die Quertreibereien Markus Söders im Wahlkampf? In Mönchengladbach waren manche geneigt, das so zu sehen – jedenfalls nach dem einen oder anderen Bierchen. (vier)

Reaktionen an: **thomas.vieregge@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Sie sollen sich endlich impfen lassen

„Wenn impfunwillige Bürger auf lernunwillige Regierung treffen“, LA von Köksal Baltaci, 27. 10.

Da werden alle diejenigen, deren Operationstermin wegen steigender Belegung der Coronabetten möglicherweise verschoben werden muss, eine Freude haben: Es sind ja erst 30 Prozent der Intensivbetten mit Coronapatienten belegt. Konnte man bisher vom Autor eine gewisse Sachkenntnis erwarten, so liegt er diesmal komplett daneben. Täglich hören wir von den übermenschlichen Anstrengungen auf den Intensivstationen, und dass die Personalsituation extrem angespannt ist. Da ist es ausgesprochen zynisch, wenn der Leitartikelschreiber sich Gedanken macht, was tanzwütige Ungeimpfte machen werden. Ganz einfach: Sie sollen sich endlich impfen lassen, dann gibt es auch keine Vollbremsung für alle. Das Ziel ist also die Impfung, sonst gar nichts.

Dr. Helmut Baumgartner, 9131 Grafenstein

Wehret den politisch-juristischen Anfängen!

„Polen steht an der Spitze einer europäischen Konterrevolution“, „Quergeschrieben“ von Karl-Peter Schwarz, 27. 10.

Wenn Schwarz wieder einmal die Vergangenheitskeule schwingt und meint, die Betroffenheitsgesten und Schuldbekundungen jetzt lebender Nachkommen von einst verbrecherischen Groß- und Urgroßeltern würden an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn man früher betroffenen Ländern drohe und ihre Regierungen erpresse, so ist das eine strikt vom anderen zu trennen: Als Nachkriegsgeborener sollte man sich zwar mit früheren Gräueltaten auseinandersetzen und tut wohl gut daran, Anerkennung und Wiedergutmachung zu leisten. Es steht aber jedem Nachkriegsgeborenen dennoch zu, Kritik an Zuständen und Vorgängen zu üben, die jetzige fundamentale Prinzipien untergraben.

Es geht nicht darum, dass das nationale polnische Verfassungsgericht die gegenständlich umstrittene Entscheidung getroffen hat, um Nebensächliches, wie z. B. die EU-Verordnung über die Krümmung der Gurke, zu Fall zu bringen! Es geht bei der jetzigen Entscheidung darum, die Legitimation der polnischen Regierung bei ihrem Versuch zu rechtfertigen, die Gerichtsbarkeit zu entmachten bzw. zu gängeln und unter politische Aufsicht zu bringen.

Hier wird versucht, die Fundamente eines Rechtsstaates aus politischer Machtgier zu untergraben und damit – sollte das Beispiel Schule machen – das Fundament der gesamten EU. Man möge zur EU stehen, wie man will, aber wenn man sich einem Rechtsstaat verpflichtet fühlt und er- ›

werden dies Vorschläge in unmittelbarer Zusammenarbeit mit Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft erarbeitet. Wenn sie das nicht tun, werden sich die Universitäten den Vorwurf gefallen lassen müssen, wider besseres Wissen geschwiegen und sich für die nicht nachhaltige Entwicklung mitverantwortlich gemacht zu haben.

Optionenbericht für die Politik

Vor diesem Hintergrund und aus der zunehmenden Erkenntnis, dass dieses dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts existenzielle Bedeutung für unsere zukünftige Existenz haben wird, haben sich 2019 16 Universitäten, die Geologische Bundesanstalt, das Climate Change Centre Austria (CCCA) sowie der studentische Verein forum n im Projektkonsortium UniNEtZ (Universitäten und Nachhaltige Entwicklungsziele) zusammengeschlossen. Ziel ist ein Optionenbericht, der der Bundesregierung aufzeigt, wie aus wissenschaftlicher Sicht die Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 durch und in Österreich erreicht werden können. Unter Option wird dabei im Sinne des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) ein für Entscheidungsträger:innen in Wirtschaft und Politik relevanter Vorschlag von Maßnahmen verstanden. Letzterer beruht auf einer umfangreichen, von interdisziplinären Teams durchgeführten Analyse und Bewertung des aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstands. Die Beiträge zur Zielerreichung gelten sowohl in der Innenwirkung als auch in der Außenwirkung, durch die Österreich auf die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele in anderen Ländern, insbesondere im Globalen Süden, einwirken kann.

Nach drei Jahren intensiver wissenschaftlicher Analyse und Bewertung legt das Konsortium aus mehr als 300 Wissenschaftler:innen, Künstler:innen und Studierenden nun etwa 150 Optionen mit über 1000 konkreten Maßnahmen vor, die im UniNEtZ-Optionenbericht „Österreichs Handlungsoptionen zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für eine lebenswerte Zukunft“ zusammengefasst werden. Am 2. 12. 2021 wird dieser Optionenbericht der Bundesregierung übergeben.

Jede Option lässt sich einem der 17 Nachhaltigkeitsziele bzw. der 169 Unterziele der Agenda 2030 zuordnen und führt dann Einzelmaßnahmen bzw. Maßnahmenbündel auf, die aus wissenschaftlicher Sicht zur Zielerreichung beitragen können. Diese sektoralen Maßnahmen, die zusätzlich hinsichtlich ihrer generellen Wirkungsweise, ihrem zeitlichen Horizont sowie den Wechselwirkungen mit anderen Optionen bzw. Maßnahmen erläutert werden, verstehen sich explizit als Vorschläge bzw. Empfehlungen.

Grundlegende Änderungen

Durch ihr Zusammenwirken tragen diese Optionen zur für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele nötigen sozialökologischen Transformation bei, also dazu, dass sich unsere Lebens- und Wirtschaftsweisen grundlegend verändern müssen. In Form einer Synthese wird an dieser Stelle in den kommenden Wochen anhand der sechs nachstehenden, am UN-Bericht „The Future is Now“ orientierten Transformationsfelder berichtet werden, welche Schritte geboten erscheinen: Wohlergehen von Mensch und Gesellschaft; Globale Umwelt-Commons; Nachhaltige und gerechte Wirtschaft; Energiesysteme und zirkuläres Kohlenstoffmanagement; Ernährung und Lebensmittelproduktion; Städtische und ländliche Raumentwicklung. In den Beiträgen wird jeweils aufgezeigt, welche Aufgaben dabei definierten Adressatengruppen (Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Finanzwirtschaft, Individuen und Gruppen, Bildung, Wissenschaft, Kunst und Medien) bei der Umsetzung der Maßnahmen und damit für die Hebung der Transformationspotenziale in den sechs Bereichen aus wissenschaftlicher Sicht zufallen.

Aufgrund der unzweifelhaften Dringlichkeit des Handelns und des immer kürzer werdenden verbleibenden Handlungsspielraums sind die UniNEtZ-Vorschläge auch als ein Appell der Wissenschaft zu verstehen, endlich Maßnahmen für eine lebenswerte Zukunft zu setzen – bevor es dafür zu spät ist!

Dieser Text ist der erste einer Artikelreihe, die das UniNEtZ bis Jahresende in der „Presse“ publiziert. Eine Allianz Nachhaltiger Universitäten in Österreich hat 2019 ein gemeinsames Projekt unter dem Titel UniNEtZ – Universitäten und Nachhaltige Entwicklungsziele entwickelt. Jeden Freitag erscheint ein neuer Text. Mehr zum Projekt unter: **https://www.uninetz.at**

[Beigestellt]

DIE AUTOREN

Helga Kromp-Kolb ist emeritierte Universitätsprofessorin an der Wiener Boku, wo sie das Zentrum für Globalen Wandel gründete.

Johann Stötter ist Geografie-Professor an der Uni Innsbruck. Beide sind Mitglieder im UniNEtZ-Lenkungsausschuss.

QUERGESCHREIBEN

VON CHRISTIAN ORTNER

Die brutale Sparbuchsteuer ist schon längst Wirklichkeit

Die Behauptung, die Inflation werde von selbst wieder verschwinden, ist pure Propaganda und Vernebelungstaktik, um deren Opfer einzulullen.

Nehmen wir an, Finanzminister Gernot Blümel würde verkünden, die Regierung wird eine einmalige Vermögensabgabe von zehn Prozent auf alle Sparguthaben, Bargeldbestände oder Bankkonten einführen, um die Staatsfinanzen im Zuge der Corona- und Klimakrise wieder halbwegs ins Lot zu bringen. Man braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, was dann los wäre; erst würden die wütenden Massen den Ballhausplatz stürmen, und nächstes Jahr wäre Herbert Kickl als Rächer der Enteigneten wohl Bundeskanzler.

Falls Sie so etwas für undenkbar halten: In Wahrheit geschieht genau das, freilich ohne Aufstand der Beraubten. Wenn auch nur die jetzige Inflationsrate von über drei Prozent drei Jahre anhält, sind die Sparer ein Zehntel ihres Besitzes los, und zwar unwiederbringlich. Die zehn Prozent werden halt nicht auf einmal kassiert, sondern in drei Jahresraten. Das ist aus heutiger Sicht noch nicht das schlimmste mögliche Szenario. Denkbar ist, dass die Inflation an Tempo zulegen wird, ähnlich wie in den USA, wo bereits fünf Prozent Inflation gemessen werden.

> „Die Bürger zahlen jetzt den Preis für die staatlich organisierte Geldfälschung, in Form der Entwertung ihrer Sparguthaben.

Die Beteuerungen vieler Ökonomen, Politiker und Notenbanker, das Ganze sei nur ein vorübergehendes Phänomen, können wir getrost als das verbuchen, was es ist: Propaganda, um die Opfer der Enteignungskampagne einzulullen.

Von Tag zu Tag wird klarer sichtbar, wovor all jene schon lang gewarnt haben, die nicht an Voodoo-Ökonomie und die akademischen Leichtmatrosen der „Modernen Geldtheorie“ glauben: dass man nicht tonnenweise Geld drucken kann, ohne Inflation zu erzeugen. Versteht an sich jeder aufgeweckte Volksschüler, hält sich aber so hartnäckig wie der intellektuell ungefähr gleich anspruchslose Unfug der Coronaleugner.

Und jetzt ist Zahltag, die Bürger beginnen, den Preis für die staatlich organisierte Geldfälschung zu entrichten, in Form der Entwertung ihrer Sparguthaben. „Stretching the Euro“, sinngemäß „Verwässerung des Euro“, nennen das Ökonomen leicht zynisch.

Wäre das nicht schon übel genug, kommen jetzt noch drei Faktoren hinzu, die dem Prozess der Entwertung des Euro noch einen Turbo geben werden.

Erstens: Jens Weidmann verlässt die Spitze der Deutschen Bundesbank und damit auch den Rat der Europäischen Zentralbank (EZB), wo er einer der letzten Verfechter einer Politik des harten Geldes war. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der Euro endgültig zum inflationsgeplagten Schrumpfgeld wird.

Zweitens: China, das in den vergangenen Jahrzehnten dank billiger Arbeit die Welt mit kostengünstigen Produkten versorgt und so die Inflation niedrig gehalten hat, wird plötzlich zum Inflationstreiber, einerseits weil in China die Einkommen stark gestiegen sind, andererseits wegen der zunehmenden Knappheit bei vielen Gütern wie Chips.

Drittens: Die in der westlichen Welt steigende Verhandlungsmacht der Gewerkschaften führt wahrscheinlich zu stärker steigender Löhnen, was in einer sogenannten Lohn-Preis-Spirale enden könnte, die der Inflation eine besonders gefährliche Dynamik verschaffen könnte. Das liegt einerseits daran, dass Arbeitskräfte in der westlichen Welt immer knapper werden, auch aus demografischen Gründen, was den Preis der Arbeit (Lohn) nach oben treibt; andererseits auch die Konkurrenz aus China immer weniger relevant wird. Und: Der zunehmende politische Linksruck, von den USA unter Joe Biden bis Deutschland, wo demnächst wohl ein SPD-Kanzler übernehmen wird, stärkt ebenfalls die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, was den Preis der Arbeit und in der Folge die Inflation erhöht, weil Unternehmen die steigenden Kosten natürlich an die Kunden weiterreichen und die Lohn-Preis-Spirale damit an Tempo gewinnt.

All das zusammen könnte, mit ein bisschen Pech, mittelfristig zu Inflationszahlen führen, mit denen verglichen eine einmalige Vermögensabgabe von zehn Prozent geradezu human erschiene.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Zum Autor: Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

Morgen in „Quergeschrieben“: Anneliese Rohrer

kennt, dass einzig ein solcher der Garant für Sicherheit und Wohlergehen ist, dann kann man, nein *muss* man sagen: „Wehret den politisch-juristischen Anfängen einer solchen Unterminierung!
HR Dr. Peter Kotynski, 3040 Neulengbach

Wie geht es weiter?

K.-P. Schwarz zeigt einmal mehr die offene Frage auf: Wie sollte es in der EU weitergehen? Soll sie „immer enger“ werden zulasten der nationalen Souveränität – sehr viele Bürger wollen das nicht, nicht nur im Osten. Der übermächtige EuGH verliert an Vertrauen, wohl weil er zu weit in die Staaten hineinregiert bzw. gegen deren Oberste Gerichtshöfe vorgeht oder vorgehen will. Das Vorgehen der Kommission ist nicht frei von Überheblichkeit und Drohgebärden. Auch für viele Bürger ist die EU auf Nebenschauplätzen sehr aktiv. Freiheit, Sicherheit, Vielfalt und Vertrauen wären zentrale Eckpfeiler in der und pro EU.
Karl Brunner, 9020 Klagenfurt

Mehr Weitblick und weniger Aktionismus

„Die fatalen Folgen der Energiekrise“, von Matthias Auer, 25. 10.
Strom soll alles für uns machen, Kohle und Gas sind schlecht, Atomkraft will (zumindest bei uns) keiner, Autos sollen elektrisch fahren etc. Was wir hier sehen, ist die logische Konsequenz von Fridays for Future. Unsere Kinder genießen schulfreie Freitage und geben uns die legitime Vorgabe, den CO_2-Ausstoß zu reduzieren, um das Klima zu schützen. Was kostet uns nur das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz der Bundesregierung? Ich denke, ab nächstem Jahr mehrere Hundert Euro pro Haushalt. Die steigende Nachfrage nach Corona kann ja nicht der Grund für fehlende Energie sein, oder hat jemand gehört, dass während der Lockdowns massiv Kraftwerke abgerissen wurden? Richtig hart wird es für die Jugend, wenn unterm Christbaum keine neue Spielkonsole liegt, weil kein Prozessor, kein Transport oder keine Energie für die Produktion verfügbar waren. Umweltschutz ist zweifellos wichtig, aber etwas mehr Weitblick und etwas weniger Aktionismus wären förderlich. So könnten wir vielleicht zumindest noch einen Teil der europäischen Wirtschaft retten, und unsere Kinder müssten nicht in einigen Jahren erkennen, dass wir unseren Wohlstand geopfert und dabei keine Klimaverbesserung erreicht haben.
Ing. Bernhard Ibi,
2533 Klausen-Leopoldsdorf

Spieltheorie? Aber ja!

„Experimente für eine bessere Welt“, Gastkommentar von Jean-Robert Tyran, 27. 10.
Mehr Spieltheorie könnte das Schlagwort für viele Bereiche heißen. „Two-sided Matching Markets“, wie von Muriel Niederle erforscht, sind nicht nur ein brisantes Thema für die Arbeitswelt, sondern in unzähligen Wirtschaftsbereichen von Belang. Ich greife hier als Pars pro Toto die Stadtmarketingbemühungen/Ansiedlungsbemühungen vieler österreichischer Städte heraus. Kommunalpolitiker aller Couleur werfen sich mit Verve auf Verkehrs- und Parkplatzdiskussionen, vergessen aber in der Aufregung, dass die andere Seite des Marktes, die anzusiedelnden bzw. die Stellung haltenden Unternehmer, ebenfalls Wünsche hat. Und so kommt es, wie es oft kommen muss, zu mächtigen Leerständen in vielen Zentren unserer schönen Bezirksstädte. Etwas mehr Wissen um spieltheoretische Ansätze, die bekanntlich Oskar Morgenstern und John von Neumann schon 1944 formuliert haben, täte gut.
Mag. Maximilian Lötsch, 4840 Vöcklabruck

Es gibt keine Alternative

„Elementarpädagogik: Die dringlichste aller Reformen“, Gastkolumne von Kurt Kotrschal, 25. 10.
Volle Zustimmung. Man kann Kotrschals Aussagen nicht oft genug wiederholen. Kinderkrippe und Kindergarten stellen die Weichen für ein gelingendes Leben viel nachhaltiger als alles an späterer Bildung. Österreich investiert dzt. 0,6 % des BIPs in Kindergarten, Krippe und Vorschule, Norwegen und Schweden rund zwei Prozent! Damit vergehen sich unsere Regierungen unverantwortlich und zukunftsvergessen an der Zukunft von Kindern und Gesellschaft. Es gibt keine Alternative zur massiven Investition in Pädagoginnen und in die personelle Ausstattung der Krippen und Kindergärten.
Dipl.-Ing. Josef Ruffer, Maria Enzersdorf

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe:
Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.